

## Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 30.05.2018  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Meyer, Elfriede

**SPD-Fraktion**  
Götze, Horst  
Meinen, Regina

**GfE-Fraktion**  
Kruse, Detlef  
Kruse, Doris

**CDU-Fraktion**  
Kronshagen, Heinrich  
Ringena, Hermann, Dr.

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Marsal, Andrea

**FDP-Fraktion**  
Hoofdmann, Erwin  
Mälzer, Frank

für Uwe Frerichs

**Beratende Mitglieder**  
Holle, Stefanie  
Kröger-Vodde, Erasmus  
Malanowski, Jörn  
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian  
Sann, Necmiye

für Dr. Ziad Attar

**Verwaltungsvorstand**  
Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

**von der Verwaltung**  
Grendel, Volker  
Knochenhauer, Annett  
Obes, Dirk, Dr.  
Snakker, Kerstin

**Protokollführung**  
Rauch, Agnes

**Gast**  
Hartmann, Harm Evert

## Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau E. Meyer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.03.2018

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.03.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Abschluss einer neuen Vereinbarung mit dem Verein Das Boot e. V. über die Sicherstellung der Psychosozialen Betreuung nach §16a Nr. 3 SGB II zum 01.07.2018  
Vorlage: 17/0707

**Frau Knochenhauer** erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Vereinbarung mit dem Verein Das Boot e.V. über die Sicherstellung der Psychosozialen Betreuung nach §16a Nr. 3 SGB II. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar. Weiter weist Frau Knochenhauer auf die geänderten Anlagen der Vorlage hin, die soeben verteilt worden seien. Es handele sich hierbei nunmehr um den abschließenden Verhandlungsstand.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Meinen** bedankt sich für die Ausführungen. Sie begrüßt die Angleichung. In § 4 der Vergütungsvereinbarung sei der Satz „Überzahlte Leistungsvergütungen sind unaufgefordert vom Leistungsanbieter innerhalb von vier Wochen an den Leistungsträger zurückzuzahlen.“ gestrichen worden. Sie bittet diesbezüglich um nähere Erläuterung.

## **Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018**

**Frau Knochenhauer** erklärt, diesbezüglich bestehe kein Regelungsbedarf. Die Rechnung werde nach erfolgter Betreuung erstellt. Es könne somit nicht zu Überzahlungen kommen.

**Herr Kronshagen** bedankt sich für die Führung der Gespräche mit dem Verein Das Boot. Ziel in Emden sei, einheitliche Leistungen und Gebühren zu haben. Er begrüßt den Abschluss der neuen Leistungsvereinbarung. Alle Anbieter bieten den Betroffenen somit die gleichen Leistungen an. Dies sollte möglichst mit allen Anbietern aus den sozialen Bereichen umgesetzt werden.

**Beschluss:** Dem Abschluss der beigefügten Vereinbarungen im Entwurfsstand (Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung) über die Sicherstellung der Psychosozialen Betreuung nach § 16a Nr. 3 SGB II zwischen der Stadt Emden und dem Verein Das Boot e.V. wird zugestimmt. Die sich aus der Vereinbarung ergebenden finanziellen Verpflichtungen in Höhe von rund 40.000 € pro Jahr sind im Budget vorhanden und werden entsprechend übernommen.

**Ergebnis:** einstimmig

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 6** Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Kommunalprüfung: "Steigende Ausgaben der Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII) - (Keine) Handlungsoptionen für die örtlichen Träger der Sozialhilfe"  
Vorlage: 17/0611

**Frau Snakker** erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Kommunalprüfung „Steigende Ausgaben der Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII) – (keine) Handlungsoptionen für die örtlichen Träger der Sozialhilfe“. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 7** Vorstellung des Pflegeberichtes 2018  
Vorlage: 17/0700

**Frau Snakker** stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Pflegebericht 2018 vor. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für die Ausführungen.

**Herr Grendel** ergänzt, er sei bezüglich eines Ausbaus der ambulanten Quote vorsichtig. Wenn es gelingen würde, diese Quote, die deutlich verbessert vom Landesdurchschnitt abweiche, zu erhalten, habe man bereits viel geschafft. Die Stadt Emden arbeite auf einem ganz hohen Niveau. Doch die Beratungsleistungen hätten auch ihre Grenzen. Die Menschen seien selbstbestimmt und es würde eine demografische Entwicklung geben, die nur bedingt beeinflusst werden könne.

Zusammenfassend stellt Herr Grendel fest, im Grunde genommen habe man eine demografische Entwicklung, die die Gruppe der potenziell Pflegebedürftigen vergrößere. Gleichzeitig wis-

## Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018

se man, dass der Eintritt in die stationäre Pflege immer später passiere und die Aufenthaltsdauer sich verringere. Zudem habe man eine sehr hohe Quote der ambulanten Pflege. In der Folge sei die Prognose schwieriger, da man eine gegenläufige Entwicklung habe. Intern habe die Verwaltung sich vorgenommen, den Pflegebericht häufiger zu kontrollieren und zu schauen, ob die getroffenen Angaben noch passen würden.

Bezüglich des Rahmenplans führt Herr Grendel aus, generalisierte Ausbildung bedeute, die Krankenpflege und die Altenpflege in eine gemeinsame Ausbildung zu bringen, um das Ganze attraktiver zu machen und einen Wechsel zwischen den Aufgabenfeldern zu ermöglichen. Damit wolle man auch ein bisschen dem Fachkräftenotstand begegnen. Doch müssten beide Gruppen in den Praxisfeldern Praktiker machen. Da jedoch eine Gruppe der Altenpflege erheblich größer sei als die andere Gruppe der Krankenpflege, sei dieses nicht so leicht. Dieses seien Aufgaben, an denen für die Zukunft kontinuierlich gearbeitet werden müsse.

**Herr Götze** stellt heraus, die Pflegebedürftigkeit nehme aufgrund des demografischen Wandels zu. Das größte Problem sei dabei, entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen. Seiner Ansicht nach müsste besser und anders ausgebildet werden. Zudem müssten auch Ausbildungsvergütungen gezahlt werden. Insgesamt müsse bei den Arbeitsbedingungen etwas passieren, sodass die Menschen von dem dort verdienten Geld auch vernünftig leben könnten. Seiner Meinung nach komme man allein in Emden dort nicht weiter. Hier sollte man die große Politik mit ins Boot nehmen, damit sich die Situation im Pflegebereich verbessere.

**Herr Kruse** fragt an, ob es eine Recherche gegeben habe, aus welchem Grund die Pflegebedürftigen heute viel später ins Pflegeheim gehen würden als früher.

**Herr Grendel** erklärt, verwaltungsintern beschäftige man sich mit den Bereichen, die man auch tatsächlich beeinflussen könne. Auch würde er nicht sagen, dass man die hohe Politik mit einbeziehen müsse, sondern, dass die hohe Politik dieses regeln sollte. Seiner Ansicht nach sei das Problembewusstsein durchaus vorhanden. Es stelle sich jedoch die Frage, ob man tatsächlich auch über die entsprechenden finanziellen Ressourcen für eine Durchführung verfüge. Zusätzliche Stellen und höhere Vergütungen würden Geld erfordern, zusätzliche Qualitäten erfordern anderes Personal, welches nicht vorhanden sei. Somit müsse man sich irgendwie auf Kompromisse einlassen. Dieses würde außerhalb des beeinflussbaren Rahmens liegen. Man könne zwar durch Projekte Menschen für Pflege interessieren, doch müsse man sich darüber im Klaren sein, dass dieses die lediglich die Fachkräfte von übermorgen sein könnten.

Weiter führt er aus, die Entwicklung, dass die Menschen länger in ihrem eigenen Wohnumfeld bleiben wollen, habe mit dem allgemeinen Trend zu tun. Das hänge auch damit zusammen, dass die Häuser heute anders gebaut und oftmals barrierefrei seien. Dieses ermögliche den Menschen, allein im häuslichen Umfeld zu bleiben und erhöhe somit die Teilhabechancen.

**Herr Dr. Ringena** fragt an, ob bei der Erhebung Unterschiede gemacht worden seien, aus welchen sozialen Schichten und welchem Umfeld die Menschen kämen.

**Frau Snakker** erläutert, die hier vorgestellten statistischen Zahlen würde vom Nds. Landesamt stammen, da auf offizielle Daten zurückgegriffen werden müsse. Hier sei nicht nach gesellschaftlichen Schichten oder nach Einkommensverhältnissen unterschieden worden. Im Leistungsbezug sehe man allerdings nur die Menschen in den stationären Einrichtungen, die keine Angehörigen in der näheren Umgebung hätten. Auf der anderen Seite habe man natürlich die Menschen mit einer höheren Einstufung.

**Frau Meinen** berichtet aus ihrer beruflichen Tätigkeit in der häuslichen Pflege. Viele Patienten möchten gerne zu Hause bleiben und würden vom Pflegedienst betreut. Doch wenn es grenzwertig werde, komme nach einem gemeinsamen Gespräch auch der Schritt ins Heim.

## Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018

Ihrer Meinung nach sei der Pflegebericht sehr gut und habe eine breite Sichtweise. Den Pflegekräften fehle es genauso an Lohn wie den Erziehern oder den Krankenpflegepersonal. Dieses würde sie den Krankenkassen immer ganz deutlich ankreiden. Obwohl ein Überschuss erwirtschaftet werden, werde unten gespart. Das würde an die Substanz der Pflegekräfte gehen. Viele Pflegedienste müssten bereits Patienten absagen, da sie die Arbeit nicht mehr leisten könnten. Hier sei die Politik gefordert und die Krankenkassen sollten höhere Sätze geben, damit die Pflegedienste es auch weitergeben könnten.

Abschließend erkundigt sich Frau Meinen, wo in Emden Pflegekräfte ausgebildet würden und um wie viele Stelle es sich handele.

**Frau Snakker** entgegnet, die Anzahl der Ausbildungsplätze bei den ambulanten Pflegediensten liege ihr nicht vor.

**Herr Grendel** erklärt, seines Erachtens würden 45 Krankenpflegekräfte und 90 Pflegedienstkräfte ausgebildet. Allein aus diesem Verhältnis sehe man, dass dort hinsichtlich des Praktikums ein Missverhältnis vorliegen würde. Hier müsse ein Ausgleich hergestellt werden, damit die Praxisplätze am Ende auch ausreichten. Er werde versuchen, bis zur nächsten Sitzung genauere Zahlen zu eruieren. Man müsse sich auch darüber im Klaren sein, dass es privaten Kranken- und Altenpflegeschulen geben würden, die zentraler arbeiteten. Da seien Potentiale, die zur Verfügung stünden, aber nicht direkt in Emden ausgebildet würden. Andersherum würde es Personen geben, die in Emden ausgebildet würden, aber die Praxiszeit in Pflegediensten außerhalb von Emden verbringen würden. Somit werden man genaue Zahlen nicht ermitteln können.

**Herr Mälzer** bedankt sich für den Bericht, der die Problematiken aufzeige, die auf die Stadt Emden zukommen würden. Auch wolle er nicht die Statistik anzweifeln, aber dennoch sollte man aufpassen, dass hier nicht Äpfel mit Birnen verglichen würden. Es werde die ganze Pflegesituation deutlich, die nicht nur Emden zukünftig vor ein großes Problem stelle. Seiner Ansicht nach müssten die Kommunen verzahnt miteinander arbeiten. Bezüglich der Anmerkungen zu den zu verbessernden Rahmenbedingungen für die Pflegekräfte ist er der Meinung, dass dieses richtig sei und gemacht werden müsse. Doch stelle er sich die Frage, wer dieses bezahlen solle, da andere Dinge genauso wichtig seien. Er appelliert, alles zu versuchen, um in der Stadt Emden auch zukünftig die Lebensfähigkeit zu erhalten, sodass junge Leute nach Emden kämen und hier arbeiten würden.

**Frau Kruse** stimmt ihrem Vorredner zu. Es sei natürlich wichtig, dass neue Rahmenbedingungen gefunden werden müssten, um junge Leute hier herzubekommen.

Weiter führt sie aus, auch sie sei viele Jahre in der häuslichen Pflege tätig gewesen und wisse, dass man schnell an seine Grenzen stoße, wenn man vernünftig pflegen wolle. Es sei sehr wichtig, dass auch Bedingungen geschaffen würden, um genug Zeit für die zu Pflegenden zu haben.

Frau Kruse weist anschließend noch einmal auf die Vernetzung der bestehenden Pflegestrukturen hin und spricht das Projekt „Gemeindeschwester plus“ an, welches in Niedersachsen auf dem Weg sei.

**Herr Grendel** erklärt bezüglich der Statistik, die Kommune würden mittlerweile durch viel bessere und öffentlich verfügbare Statistik immer wieder in Situationen gebracht, dass sich Dritte aus verschiedensten Zahlen Meinungen bildeten, die seitens der Stadt Emden im Grunde genommen hinterher verifiziert werden müssten. Daher verwehre er sich immer vor diesen externen Statistiken. In diesem Fall sei es jedoch etwas anders. Die Stadt Emden habe Werte aus

## Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018

dem Jahr 2015 und einen Trend aus den Jahren 2011 bis 2015. Auch würde es eine Prognose hinsichtlich der steigenden Fallzahlen geben. Diese Fallzahlen seien immer abhängig von der Bevölkerung.

**Frau Holle** gibt zu bedenken, es würde auch Situationen geben, wo eine ambulante Pflege nicht möglich sei. Es würde viele pflegende Angehörige geben, die ihre Angehörigen in die Einrichtung bringen und bei der Heimaufnahme in Tränen ausbrechen würden, weil sie der Aufgabe einfach nicht mehr gewachsen seien. Ihrer Ansicht nach müsse diese Situation auch beachtet werden, bei allem Respekt vor dem eigenen Zuhause. Es gäbe Situationen, wo es wichtig sei, den Weg in eine Einrichtung frühzeitig zu gehen, da es weder den Pflegebedürftigen noch den Angehörigen etwas bringe, wenn beide ihre Grenzen überschritten hätten und das Verhältnis konfliktbeladen sei.

Weiter führt sie aus, ein zweites Stichwort sei das Thema Einsamkeit. Zwar sei es gut, wenn der Pflegedienst drei Mal am Tag komme. Wenn ansonsten keine menschlichen Kontakte vorhanden seien, würden viele auch vereinsamen. Dieses führe teilweise zu desolaten Zuständen.

Frau Holle erklärt abschließend, sie mache sich besonders Sorgen um die Fachkräfte. Die Einrichtungen würden unter der generalisierten Ausbildung sehr leiden, da der bevorzugte Weg ins Krankenhaus oder in die Kinderkrankenpflege sei. Dann stehe man vor ganz dramatischen Situationen, da im Zuge der demografischen Entwicklung die Menschen einen hohen Pflege- und einen medizinischen Betreuungsbedarf hätten.

**Herr Kronshagen** stimmt seiner Vorrednerin zu. Seiner Ansicht nach würde es mit der ländlichen ostfriesischen Denkweise zusammenhängen, dass viele Kinder ihre Eltern zu Hause pflegen würden.

**Herr Grendel** entgegnet, die Grundeinstellung sei sicherlich so. Man dürfe allerdings nicht vergessen, dass man in Emden eher eine urbane als eine ländliche Struktur habe. Hier könnten z. B. die kurzen Wege eine Rolle spielen. Im ländlichen Raum werde die häusliche Pflege und Betreuung durch die weiten Anfahrtswege schwieriger. Fest stehe, dass man einen hohen Anteil habe und wenn über Teilhabechance gesprochen werde, dann bestehe die Gefahr, dass jemand in der häuslichen Pflege vereinsame und in einem stationären Angebot besser aufgehoben wäre.

**Frau Snakker** stellt heraus, die hier vorgelegten Zahlen würden alle aus dem Landesrechnungshofbericht stammen, der ein einheitliches Berechnungsschema habe. Somit seien die Zahlen in diesem Fall durchaus vergleichbar.

**Frau Kruse** bezieht sich auf die Aussage von Herrn Kronshagen. Sie glaube nicht, dass es an Niedersachsen oder Ostfriesland liege, dass die Menschen solange wie möglich lieber zu Hause bleiben möchten. Doch wenn dieses nicht mehr leistbar sei, müsste der Schritt in eine stationäre Einrichtung gemacht werden. Hinsichtlich der Vereinsamung bezieht sie sich auf das Projekt „Gemeindeschwester plus“ an, welches auch eine Vernetzung gegen die Einsamkeit sei.

**Herr Kruse** erklärt, er habe auch ein gestörtes Verhältnis zu Statistiken. Seiner Ansicht nach sollte darauf nicht so viel Wert gelegt werden. Anschließend nimmt Herr Kruse Stellung zu den Pflegediensten und stellt fest, dass die Pflegedienste heutzutage aus Zeitgründen kaum mehr in der Lage seien, die Pflegebedürftigen adäquat zu begleiten.

**Herr Mälzer** stellt heraus, er habe in den letzten Monaten Erfahrungen mit einem Pflegedienst machen können. Dieser habe hervorragend gearbeitet. Abschließend stellt er heraus, er habe die Statistiken nicht angezweifelt, sondern nur seine grundsätzliche Einstellung bekanntgegeben.

## **Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018**

**Herr Grendel** weist auf den bei der Stadt Emden vorgehaltenen Pflegestützpunkt hin, bei dem eine Beratungsleistung angeboten werde. Seiner Meinung nach würde es viele Komponenten geben, die am Ende zu einer unglücklichen oder unbefriedigten Situation führten. Nur im Einzelfall könne man es schaffen, herauszufinden, woran es genau gelegen habe. Hier gehe es erst einmal um das System, das seiner Ansicht nach gut aufgestellt sei. Man sollte versuchen, die Position zu halten. Auch sollte man Vorsorge treffen, dass diese Handlungsfelder attraktiv gehalten und die Pflegedienste in der Akquirierung von Fachkräften unterstützt würden. Es gehe darum, Leute für dieses Berufsfeld zu interessieren.

**Herr Kruse** stellt klar, er habe nicht die Pflegedienste oder deren Personal angreifen wollen. Diese tun das Beste, was in ihrer Macht stünde. Es gehe ihm um die Konstruktion der Pflegedienstleistungen, die von den Kassen gebündelt seien. Tatsache sei, dass der Pflegebedürftige nicht mehr der Meinung sei, optimal gepflegt zu werden, da keine Zeit für ein privates Wort bleiben würde.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 8** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

#### 1. Zuweisungsraten für Neuzugewanderte

**Herr Grendel** erklärt, die Stadt Emden erhalte regelmäßig Zuweisungsraten für Neuzugewanderte. Die letzte Zuteilung habe man für das Jahr 2017 erhalten. Diese Zuteilung sei zweimal verlängert worden, da das Kontingent noch ausreichte. Nunmehr sei nochmals eine Verlängerung erfolgt, sodass es im Grunde genommen erst mit Beginn des vierten Quartals eine neue Zuteilung geben werde.

#### 2. Servicefachdienst für die Fachbereiche 500 und 600

**Herr Grendel** führt aus, es würde einen Vorstandsbeschluss aus dem Mai 2018 geben, wonach in den Fachbereichen 500 und 600 ein gesamter zentraler Servicefachdienst entwickelt werden sollte. Im Fachbereich 500 würde es bereits einen Servicefachdienst geben, der für alle Fachdienste die finanziellen Angelegenheiten und das Controlling erledige. Durch den Beschluss des Vorstandes werde nunmehr der Fachbereich 600 mit einbezogen durch die Weiterentwicklung dieses Servicefachdienstes zu einem zentralen Fachdienst für beide Bereiche.

### **TOP 9** Anfragen

#### 1. Emder Tafel

**Frau Marsal** erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte sich vor einiger Zeit die Tafel angesehen. Sie bittet in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales um einen Vortrag von Frau Holle. Abschließend fragt sie an, ob sie dazu einen schriftlichen Antrag stellen müsse.

**Frau E. Meyer** erklärt, es reiche mündlich aus. Die Verwaltung werde alles Erforderliche dafür in die Wege leiten.

## **Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018**

### 2. Obdachlosigkeit

**Herr Müller-Goldenstedt** erinnert daran, dass in den Workshops festgelegt worden sei, das Thema Obdachlosigkeit in einer Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu behandeln. Er fragt an, wann dieses angedacht sei.

**Herr Grendel** führt aus, er werde dieses Thema gerne für die nächste Sitzung aufgreifen. Zugleich gibt er zu bedenken, dass in der Sitzung im September das Thema „Haushalt“ auf der Tagesordnung stehen werde.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.